

1. Die Eurokrise ist nicht nur eine Staatsverschuldungskrise

Die Eurokrise ist zwar auch Ausdruck einer Staatsverschuldungskrise, die sämtliche westlichen Industriestaaten – insbesondere auch die USA – erfasst hat, eskaliert ist sie aber vor allem während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 – aufgrund der Bankenrettungen (Beispiel: Hypo Real Estate) und staatlichen Konjunkturprogramme zur Wiederankurbelung der Wirtschaft (Beispiel: Abwrackprämie) einerseits, durch Steuerausfälle und steigende Sozialabgaben andererseits. Die derzeit von Insolvenz bedrohten Länder scheitern zusätzlich an einem Konstruktionsfehler der EU: Die massive Exportorientierung von Nationen wie Deutschland sorgte für zunehmende Verschuldung ihrer Handelspartner. In einem freien Binnenmarkt mit starrer Gemeinschaftswährung und ohne ausgleichende Wirtschafts- und Steuerpolitik fehlt diesen jede Handhabe, dem Kapitalabfluss entgegenzuwirken.

2. Die Eurokrise ist auch eine Krise der Staatssouveränität und der Demokratie

Die steigende Staatsverschuldung macht demokratische Regierungen zunehmend handlungsunfähig gegenüber der Krise. Zum einen werden Staaten wie Griechenland, Irland und Portugal Spar- und Privatisierungsmaßnahmen diktiert, vor allem auf Druck der deutschen und französischen Regierung. Zum anderen werden nationale Parlamente auch nicht mehr konsultiert, wenn neue Rettungsmaßnahmen beschlossen werden. Dabei sind insbesondere die Haushaltsdiktate der „Troika“ aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) in keiner Weise demokratisch legitimiert.

3. Die Eurokrise ist Ergebnis jahrzehntelanger Umverteilung von unten nach oben

Hinter der Staatsverschuldungskrise steht ein Verteilungsproblem. Den öffentlichen Haushalten fehlen Einnahmen. Das kontinuierliche Senken der realen

Besteuerung hat die Staatseinnahmen nachhaltig beschnitten und zugleich zu einer sich immer weiter öffnenden sozialen Schere geführt, die von einer übermäßigen Belastung der Arbeits- gegenüber den Kapitaleinkommen geprägt ist. Letztere entziehen sich dem Zugriff über ein hochkriminelles, staatlich protegiertes Schattenbankensystem, über ein internationales Netzwerk an „Steueroasen“ und über die hochspekulativen Finanzmärkte, die so hohe Gewinne versprechen, dass dringend notwendige Investitionen in die Realwirtschaft unattraktiv erscheinen.

4. Die Eurokrise ist eine Krise der kapitalistischen Marktwirtschaft

Die augenblickliche Entwicklung stellt die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren dar. Dabei es handelt sich nicht um ein reines Problem des Finanzsektors – wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise, mit tiefgreifenden sozialen und gesellschaftlichen Folgen. Aktuell offenbart die kapitalistische Marktwirtschaft wieder einmal ihre gefährliche Unbeherrschbarkeit (vgl. Attac-Erklärung vom Oktober 2008).

Eskaliert ist die Eurokrise vor allem deshalb, weil auf den Finanzmärkten der Glaube daran verloren gegangen ist, dass die stark verschuldeten Staaten ihre Schulden auf Dauer bedienen können. Es drohen staatliche Insolvenzen, bei deren Eintreten im großen Stil Staatsanleihen abgeschrieben werden müssten. Dies ist eine fatale Situation für ein trotz Finanzkrise nach wie vor kaum reguliertes Banken- und Finanzsystem. Das gilt besonders für die Finanzinstitute in den europäischen Kernländern, unter anderem Frankreich und Deutschland, die bei einem Schuldenschnitt kollabieren könnten. Denn sie haben zum einen stark in Staatsanleihen investiert, zum anderen arbeiten sie weiterhin mit viel zu niedrigen Eigenkapitalquoten, als dass sie auch in einer Krise liquide bleiben könnten.



Vier Forderungen von Attac zur Eurokrise

Die folgenden Forderungen decken nicht das gesamte Spektrum notwendiger Reformen ab, die es bräuchte, um der Staatsverschuldungskrise und den ihr vorausgegangen Fehlentscheidungen und Konstruktionsfehlern gerecht zu werden. Aufgrund akuten Handlungsbedarfs halten wir diese Forderungen jedoch für die dringendsten.

1. Europäische Vermögensabgabe und Vermögenssteuer einführen

Die Frage der ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der europäischen Staaten ist eine Frage des Ausgleichs zwischen Arm und Reich. Jahrzehntlang haben vermeintliche Gewinnerstaaten, v.a. Deutschland, durch Niedriglohnpolitik und Exportorientierung den anderen Staaten Kapital entzogen. Jahrzehntlang haben Finanzmarktakteure und Wohlhabende von Europas neoliberaler Wirtschaftspolitik profitiert. Wir brauchen eine europaweite Besteuerung großer Vermögen und Bankenprofite, um das entzogene Kapital zur Behebung der entstandenen Schäden nutzen und wieder in produktive Wirtschaftskreisläufe einfließen lassen zu können.

2. Banken- und Finanzsystem umgestalten und entmachten

Wir brauchen ein funktionierendes Bankensystem, das in erster Linie der Realwirtschaft und den Menschen dient. Um das Bankensystem derart zu gestalten, müssen vor allem drei Dinge geschehen: Ein Verbot der Spekulation auf Staatspleiten, also ein Verbot von sogenannten Credit Default Swaps (kurz CDS) und Leerverkäufen, die effektive Schwächung von Währungsspekulationen durch etwa eine Finanztransaktionssteuer (kurz FTS) sowie eine Regulierung der systemrelevanten Banken durch institutionelle Auftrennung von

Geschäfts- und Investmentbanking und die progressive Steigerung ihrer Eigenkapitalquoten zur Sicherung ihrer Liquidität in der Krise. Um überhaupt eine Chance zu erhalten, diese Maßnahmen wirkungsvoll einzuführen, muss zudem der übermächtige Einfluss der Finanzmarktlobby auf die Gesetzgeber beschnitten werden.

3. Staatsverschuldung zurückführen und Demokratie retten – Der Schuldenaudit

Es ist offensichtlich geworden, dass Staaten wie Griechenland und Spanien ihre Schulden nicht voll begleichen können. Dementsprechend ist eine Verminderung der Schuldenlast unausweichlich. Wir brauchen eine demokratische Entscheidung darüber, welche Schulden beglichen werden und welche nicht – wir brauchen ein Schuldenaudit. Ein Ausfall von investierten Rentenfonds beispielsweise würde die Verarmung von Rentnern überall in der Welt zur Folge haben. Auch weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums sind meistens nicht sozialverträglich und belasten die öffentliche Hand auf lange Sicht zusätzlich.

4. Eurobonds einführen – Solidarität zum Prinzip Europas machen

Die Einführung europäischer Staatsanleihen, sogenannter Eurobonds, kann zu einer Stabilisierung des europäischen Staatsanleihemarktes führen. Damit Eurobonds aber zustimmungsfähig sind, bedarf es demokratischer Kontrolle, z.B. durch das Europäische Parlament. Wenn sichergestellt ist, dass sie zur Finanzierung sozialer Mindeststandards und zur Verteidigung öffentlicher Güter eingesetzt werden, können gemeinsam emittierte Anleihen Ausdruck europäischer Solidarität sein. Denn durch die sinkenden Zinsen für die krisengeschüttelten Staaten Südeuropas sinkt die Gesamt-Schuldenlast aller Länder.